

# Taiwan: eigenständig, aber nicht souverän

Zur Frage der Aufnahme der Republik China in die Vereinten Nationen MATHIAS NEUKIRCHEN

*Die Republik China (Taiwan) ist international nicht als souveräner Staat anerkannt und nicht Mitglied in den Vereinten Nationen. Die Volksrepublik China erhebt im Rahmen ihrer ›Ein-China-Politik‹ den Anspruch, für ganz China zu sprechen und damit auch für die rund 23 Millionen Taiwaner. Da die Volksrepublik aber keine Befugnis über Taiwan hat und das Land de-facto von der Regierung in Taipeh geführt wird, kann die Vertretung Taiwans auf der internationalen Ebene durch die Volksrepublik als nicht gegeben angesehen werden. Dieser Artikel untersucht, welche Voraussetzungen für eine Aufnahme Taiwans in die Vereinten Nationen bestehen, ob Taiwan diese erfüllt, ob das Land gegebenenfalls einen völkerrechtlichen Anspruch auf Aufnahme hätte und welche außenpolitischen Ziele die Regierung Taiwans in Anbetracht dieser Situation verfolgt.*

Dr. Mathias Neukirchen, geb. 1968, hat Rechtswissenschaften mit dem Schwerpunkt Völkerrecht studiert. Seine Dissertation, *Die Vertretung Chinas und der Status Taiwans im Völkerrecht* (Universität Hamburg), ist 2004 im Nomos-Verlag, Baden-Baden, erschienen. Der Autor ist zur Zeit im Bundesministerium der Finanzen (BMF), Berlin, tätig. Die Ausführungen geben ausschließlich die persönliche Meinung des



## Einleitung

Die Republik China (Taiwan) ist die fünfzehngrößte Handelsnation der Welt. Dennoch unterhalten nur wenige Staaten, gegenwärtig 26 (Stand: 1.1.2005), diplomatische Beziehungen zu Taiwan<sup>1</sup>. Taiwan ist zudem auch nicht Mitglied in den Vereinten Nationen.

Die Ursache hierfür liegt in der Teilung Chinas seit Ende des chinesischen Bürgerkriegs (1945–1949). Das chinesische Festland wird von der Regierung der im Oktober 1949 proklamierten Volksrepublik China kontrolliert. Die im Bürgerkrieg unterlegene Seite, welche zwischen 1928 und 1949 die allein anerkannte Regierung Chinas stellte, beherrscht seither lediglich die Inselgruppe Taiwan<sup>2</sup> und bezeichnet sich weiterhin als Regierung der 1911 proklamierten ›Republik China‹.

## Vertretung Chinas in den Vereinten Nationen

Nach dem Ende des Bürgerkriegs 1949 wollten beide Regierungen (Beijing und Taipeh) Chinas Sitz in den Vereinten Nationen einnehmen. Die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen ist einem Staat zugeordnet und nicht einer Regierung. Regierungswechsel oder Revolutionen beeinflussen daher die UN-Mitgliedschaft eines Staates nicht. Sie endet nur durch den erklärten Austritt, Ausschluß oder durch den Untergang des Staates. Es handelte sich daher im Falle Chinas um eine Frage der Vertretungsbefugnis und nicht der Mitgliedschaft.

Mehr als zwei Jahrzehnte war die Frage, welche der beiden konkurrierenden Regierungen für den Mitgliedstaat China vertretungsbefugt ist, politisch und völkerrechtlich höchst umstritten<sup>3</sup>.

Bis 1971 wurde die Regierung in Taipeh als vertretungsbefugt für China anerkannt, obwohl diese Regierung keinerlei Kontrolle über mehr als 99 Prozent der Fläche und Bevölkerung Chinas hatte<sup>4</sup>. Mit Resolution 2758 vom 26. Oktober 1971 hat die UN-Generalversammlung dann die Regierung in Beijing als vertretungsbefugt für ganz China anerkannt, auch wenn diese wiederum Taiwan nie beherrscht hat. Taiwan wurde also nicht aus den Vereinten Nationen ausgeschlossen, der Regierung in Taipeh wurde lediglich die Vertretungsbefugnis für den Mitgliedstaat China aberkannt. Da diese seit nunmehr über 15 Jahren nicht mehr die Vertretungsbefugnis für (Gesamt-) China beansprucht, ist die Frage der Vertretungsbefugnis für den Staat China heute rechtshistorischer Natur<sup>5</sup>.

## Der völkerrechtliche Status Taiwans

Parallel zu der Entscheidung der Vereinten Nationen erkannte die große Mehrzahl der Staaten in den bilateralen Beziehungen die Regierung in Beijing als vertretungsbefugte Regierung Chinas an und nahm mit ihr diplomatische Beziehungen auf. Dabei erkannten die Völkerrechtssubjekte, ebenso wie die Vereinten Nationen, ausdrücklich an, daß sie Taiwan als Teil der Volksrepublik betrachten<sup>6</sup>.

Vor dem Hintergrund der vollständigen Unabhängigkeit der Regierung Taiwans von der Regierung in Beijing überrascht dieses Ergebnis. Es liegt nahe, von der Existenz zweier chinesischer Staaten auszugehen. Völkerrechtlich betrachtet kann ein zweiter chinesischer Staat (Taiwan) nur durch eine sogenannte Dismembration (Aufteilung eines Staates in mehrere Teilstaaten) oder eine Separation (Abspaltung) entstehen.

Eine Dismembration Chinas in Folge der bürgerkriegsbedingten Teilung Chinas 1949 ist rechtlich jedoch ausgeschlossen, da nahezu das ganze alte Staatsgebiet und der Großteil des Staatsvolks weiterhin von einer staatlichen Autorität, der Regierung in Beijing, kontrolliert wird<sup>7</sup>. Betrachtet man Festlandchina und Taiwan zusammen als China, so stellt die Volksrepublik mehr als 99 Prozent der Staatsfläche (das Flächenverhältnis beträgt 270 zu 1) und Bevölkerung (Einwohnerzahl 1300 zu 23 Millionen) dar. Sie ist somit geographisch und bevölkerungsmäßig im wesentlichen identisch mit dem vorher bestehenden Staat China. Eine Dismembration ist also ausgeschlossen und kann nicht zur Entstehung eines neuen, unabhängigen Staates Taiwan geführt haben.

Bislang ist es auch nicht zur Entstehung eines neuen Staates durch Abspaltung (Separation) Taiwans gekommen. Dies ist ausgeschlossen, da die Regierung in Taipeh an der ›Ein-China-Doktrin‹ festhält. Doch liegt dies nicht so sehr an der gemeinsamen Geschichte, Sprache und Kultur und dem mehr oder minder klaren kulturellen Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen auf beiden Seiten der Taiwan-Straße, die sich alle als Chinesen bezeichnen. Vielmehr sind die Gründe hierfür – zumindest seit den letzten 20 Jahren – in der militärischen Drohung der Regierung der Volksrepublik China gegenüber der Regierung in Taipeh zu suchen, im Falle einer Abkehr von der ›Ein-China-Doktrin‹ die Einheit Chinas militärisch zu wahren<sup>8</sup>.

Taiwan fehlt daher weiterhin ein eigenes, von China unabhängiges, neues staatliches Selbstverständnis: Trotz der großen politischen, verfassungsrechtlichen und außenpolitischen Reformen hat Taiwan

## Republik China (Taiwan)



Fortsetzung der 1911 gegründeten Republik China auf der Insel Taiwan seit dem Rückzug der Kuomintang-Regierung auf die Insel 1949

**Größe:** 36 188 km<sup>2</sup>, Hauptinsel Taiwan mit Inselgruppen

**Bevölkerung:** 23 Mio. (Schätzungen 2004)

**Präsidentschaft:** Chen Shui-bian (55) (DPP), seit 20. Mai 2000 im Amt, im März 2004 wiedergewählt

Direktwahl alle vier Jahre, zweimalige Amtszeit möglich; erste Direktwahl des Präsidenten Lee Teng-Hui (seit 1988 bereits Präsident) 1996

**Staatsform:** Republik

**Parteien:** Demokratische Fortschrittspartei (DPP) – gegründet 1986, Kuomintang (KMT), Neue Partei (NP), Solidaritätsunion Taiwans (TSU), Volkspartei (PFP) und andere

**Bruttosozialprodukt:** 304,5 Mrd. US-Dollar (Schätzungen 2004)

**Bruttosozialprodukt pro Kopf:** 13 925 US-Dollar (Schätzungen 2004)

Quelle: Schätzungen – Auswärtiges Amt;  
Grafik: Djafar Pirahmadian

zu keinem Zeitpunkt die Unabhängigkeit erklärt. Auch die in Taiwan derzeit geltende Verfassung geht noch von der Existenz der Republik China in den Grenzen von 1934 – also Gesamtchina – aus<sup>9</sup>. Die Verfassung Taiwans wurde 1947 auch für Gesamtchina konzipiert und verabschiedet<sup>10</sup>. Taiwan hat sich keine neue Verfassung gegeben, sondern fingiert und exerziert verfassungsrechtlich den unveränderten Fortbestand der Republik China in den Grenzen von 1942<sup>11</sup>. Vor dem Hintergrund der militärischen Drohung Festlandchinas, wurde auch bei der Demokratisierung Taiwans keine neue Verfassung verabschiedet, da befürchtet wurde, die Volksrepublik könne dies als Abkehr von der ›Ein-China-Politik‹ betrachten. Ebenso wenig dokumentiert Taiwan in der neuen ›pragmatischen Außenpolitik‹<sup>12</sup> ein eigenständiges Staatsverständnis, da auch hierbei trotz aller Reformen offiziell an der Einheit Chinas festgehalten wird.

Einem Regime, das sich selbst nicht als eigenen, neuen Staat begreift, darf nicht die Staatseigenschaft von außen oktroyiert werden. Solange Taiwan sich nicht als von China unabhängiger Staat betrachtet, stellt es völkerrechtlich lediglich ein stabilisiertes De-facto-Regime und nicht einen eigenen Staat dar.

Da es weder zu einer Dismembration Chinas noch zu einer Separation Taiwans gekommen ist, existiert völkerrechtlich nur ein chinesischer Staat (die Volksrepublik China) und ein De-facto-Regime (Taiwan). Dem entspricht auch, daß – im Gegensatz zur Volksrepublik – Taiwan weder von den Vereinten Nationen noch von anderen Staaten als (neu entstandener) Staat anerkannt wird<sup>13</sup>. Taiwan wird von den Vereinten Nationen und der Mehrheit der Völkerrechtssubjekte daher offiziell wie eine Provinz der Volksrepublik China behandelt, obwohl die Regierung in Beijing zu keinem Zeitpunkt Herrschaft über das Gebiet Taiwans ausgeübt hat.

### Voraussetzungen für die Aufnahme

Gemäß Artikel 4 der UN-Charta hängt die Aufnahme neuer Mitglieder zum einen von materiellrechtlichen und zum andern von verfahrensrechtlichen Voraussetzungen ab<sup>14</sup>.

### Materiellrechtliche Voraussetzungen

Artikel 4 Absatz 1 der Charta stellt fünf materiellrechtliche Voraussetzungen für die Aufnahme neuer Mitglieder auf. Mitglied der Vereinten Nationen soll nur 1) ein Staat werden, der 2) friedliebend ist, 3) die Verpflichtungen aus der Charta übernimmt und nach dem Urteil der Organisation 4) fähig und 5) willens ist, diese Verpflichtungen zu erfüllen.

Das Merkmal ›friedliebend‹ ist erfüllt, wenn nicht gegen das Gewaltverbot verstoßen wird. Der Wille des Aufnahmebegehrenden, die Verpflichtungen der Charta zu erfüllen, gilt mit einer entsprechenden Verpflichtungserklärung, welche dem Aufnahmeantrag beigelegt werden muß, als dokumentiert und stellt somit eine rein formale Voraussetzung dar. Der Aufnahmebegehrende müßte zudem ›nach dem Urteil der Organisation fähig und willens‹ sein, diese Verpflichtungen zu erfüllen<sup>15</sup>. Die Fähigkeit hierzu wird nur in Ausnahmefällen nicht vorliegen. Für das Vorliegen des subjektiven Kriteriums des Willens hat die Generalversammlung 1952 folgende Indikatoren angegeben: die Erfüllung internationaler Verpflichtungen und die Bereitschaft, sich völkerrechtlichen Verfahren der friedlichen Streitbeilegung zu unterwerfen<sup>16</sup>.

Die Aufnahme in die Vereinten Nationen setzt nach dem Wortlaut von Artikel 4 Absatz 1 weiterhin voraus, daß es sich bei dem Antragsteller um einen Staat handelt<sup>17</sup>. Aus einer authentischen Auslegung<sup>18</sup> des Artikels 4 Absatz 1 der Charta ergibt sich jedoch, daß die Vertragsparteien sich vom ursprünglichen (im Wortlaut der Charta niedergelegten) Vertragsparteienwillen verabschiedet haben und in der folgenden langjährigen Praxis entgegen dem Wortlaut nicht nur Staaten, sondern auch andere Gebilde in die Vereinten Nationen aufgenommen haben, obwohl sie zum Zeitpunkt ihrer Aufnahme (noch) nicht als Staaten qualifiziert werden konnten<sup>19</sup>. Obgleich Indien erst am 15. August 1947 selbstregierendes Dominion innerhalb des Commonwealth of Nations und damit ein von Großbritannien unabhängiger Staat wurde, kam es bereits 1945 zur Aufnahme. Die Philippinen wurden sogar aufgenommen, bevor sie ihre Unabhängigkeit von den

USA proklamiert hatten<sup>20</sup>. Im Unterschied zu Indien und den Philippinen, die später die Staatseigenschaft innehatten, wiesen die Mitglieder Belarus und die Ukraine als Teilrepubliken der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) völkerrechtlich nie Staatsqualität auf<sup>21</sup>. Die Mitgliedschaft dieser beiden Gliedstaaten der Sowjetunion wurde durch die allgemeine und einstimmige Anerkennung bei der Gründungskonferenz und in der Folgezeit von allen, auch den neuen Mitgliedern, gebilligt. In der Praxis der Vertragsparteien ist also ein Konsens der Vertragsanwender für eine dynamische, am Verbandszweck orientierte Auslegung gefunden worden. Es liegt ein stillschweigender Wandel der Aufnahmevoraussetzungen durch spätere Übung bei der Auslegung vor. Aus dieser Praxis ergibt sich eine allgemeine Durchbrechungsmöglichkeit der von Artikel 4 geforderten Staatsqualität. Es können also auch Gebilde Mitglied der Vereinten Nationen werden, die völkerrechtlich nicht als Staaten qualifiziert werden können.

In der Praxis wurde, über den Wortlaut von Artikel 4 hinaus, die Aufnahme neuer Mitglieder teilweise von weiteren Voraussetzungen abhängig gemacht. Nach dem Zweiten Weltkrieg wollte die Sowjetunion der Aufnahme westlicher Staaten (Finnland und Italien) nur bei gleichzeitiger Aufnahme der Ostblockstaaten (Rumänien und Ungarn) zustimmen. Zur Zulässigkeit dieser Verknüpfung wurde der Internationale Gerichtshof (IGH) um ein Rechtsgutachten gebeten. Der IGH stellte explizit fest, daß die Zulassung eines neuen Mitglieds nicht von anderen als den in Artikel 4 Absatz 1 aufgezählten fünf Voraussetzungen abhängig gemacht werden dürfe<sup>22</sup>. Auch eine demokratische Regierungs- beziehungsweise Verfassungsform kann daher nach einhelliger Auffassung nicht zur Voraussetzung für die Aufnahme gemacht werden<sup>23</sup>.

### *Verfahrensrechtliche Voraussetzungen*

Verfahrensrechtlich ist nach Artikel 4 Absatz 2 der Charta für die Aufnahme in die Vereinten Nationen zunächst ein an den Generalsekretär zu richtender Aufnahmeantrag erforderlich, dem eine Erklärung beizulegen ist, daß die Verpflichtungen der Charta übernommen werden. Des weiteren ist eine Empfehlung des Sicherheitsrats zur Aufnahme erforderlich. Diese bedarf der Zustimmung von neun Mitgliedern einschließlich sämtlicher Ständiger Mitglieder des Sicherheitsrats (qualifizierte Mehrheit). Jedes Ständige Mitglied kann dies also durch sein Veto verhindern. Kommt es zu einer Empfehlung des Sicherheitsrats, bedarf es für die Aufnahme letztlich noch eines entsprechenden Beschlusses der Generalversammlung, damit die Aufnahme rechtskräftig wird.

### **Erfüllt Taiwan die Voraussetzungen?**

Die materiellrechtlichen Voraussetzungen für eine Aufnahme gemäß Artikel 4 Absatz 1 erfüllt Taiwan: Da Taiwan nicht gegen das Gewaltverbot verstößt, ist das Merkmal »friedliebend« gegeben. Der Fähigkeit zur Erfüllung der Verpflichtungen der Charta stehen im Falle Taiwans weder finanzielle noch innerstaatliche Restriktionen (zum Beispiel verfassungsrechtliche hinsichtlich der Sanktionsmaßnahmen der Vereinten Nationen) entgegen. Sie ist daher nicht in Frage zu stellen. Den Willen, die Verpflichtungen der Charta zu erfüllen, könnte Taiwan durch die – den Aufnahmeantrag ergänzende – entsprechende förmliche Erklärung belegen. Wenn Taiwan weiterhin seine internationalen Verpflichtungen erfüllt und sich völkerrechtlichen Verfahren der friedlichen Streitbeilegung unterwirft, müßte Taiwan nach der bisherigen Praxis der Vereinten Nationen auch nach dem Urteil der Organisation fähig und willens sein, diese Verpflichtungen zu erfüllen.

Da die Aufnahme in die Vereinten Nationen unter Berücksichtigung der authentischen Auslegung nicht voraussetzt, daß der Aufnahme-begheerende die Staatsqualität besitzt und da Taiwan die übrigen in

Artikel 4 der Charta aufgeführten materiellrechtlichen Voraussetzungen erfüllt, kann Taiwan unabhängig von seinem umstrittenen völkerrechtlichen Status (stabilisiertes De-facto-Regime oder Staat) aufgenommen werden.

Verfahrensrechtlich müßte Taiwan zunächst einen offiziellen Aufnahmeantrag an den Generalsekretär richten. Ein solcher Antrag ist von der Regierung Taiwans jedoch bislang noch nicht gestellt worden. Die Regierung in Taipeh hat lediglich versucht, die Staatengemeinschaft und Öffentlichkeit durch eine weltweite Kampagne auf das Problem der fehlenden internationalen Vertretung Taiwans aufmerksam zu machen<sup>24</sup>.

Mit ein Grund dafür ist sicherlich, daß die übrigen verfahrensrechtlichen Voraussetzungen nur schwer zu erfüllen sind: Verfahrensrechtlich müßte einem Aufnahmeantrag Taiwans nämlich eine positive Empfehlung des Sicherheitsrats folgen. Aufgrund der Tatsache, daß die Volksrepublik China als Ständiges Mitglied des Sicherheitsrats durch ihr Veto eine entsprechende Empfehlung verhindern kann<sup>25</sup>, ist dies zwar theoretisch möglich, aber gegenwärtig, ohne eine innerchinesische Einigung, praktisch ausgeschlossen. Käme es nach einer innerchinesischen Einigung zu einer entsprechenden Empfehlung des Sicherheitsrats könnte die Generalversammlung die Aufnahme Taiwans beschließen.

### **Anspruch auf Aufnahme?**

Da Taiwan die materiellrechtlichen Voraussetzungen einer Aufnahme erfüllt, die Volksrepublik China aber verfahrensrechtlich die Aufnahme verhindern kann, stellt sich die Frage, ob der Sicherheitsrat zu einer positiven Empfehlung und die Generalversammlung zu einem entsprechenden Aufnahmebeschluß verpflichtet wären, wenn Taiwan einen Aufnahmeantrag stellen würde.

In der Literatur und Staatenpraxis ist dies verschiedentlich mit einem (angeblich) bestehenden Anspruch auf Aufnahme begründet und behauptet worden<sup>26</sup>. Dagegen spricht zunächst, daß sich ein solcher Aufnahmeanspruch nicht direkt aus dem Wortlaut der Charta ergibt. Auch rechtssystematisch betrachtet geht die Charta in den Artikel 4 folgenden Vorschriften bezüglich der Suspension der Mitgliedschaft (Artikel 5) und des Ausschlusses eines Mitglieds aus den Vereinten Nationen (Artikel 6), explizit von der Existenz von Nichtmitgliedern, und damit nicht von einer umfassenden, verpflichtenden Universalität aus.

Rechtstechnisch wird ein solcher Anspruch daher überwiegend auf eine teleologische Auslegung von Artikel 4 gestützt, wobei unterschiedliche Begründungsansätze verfolgt werden:

Zum einen wird ein solcher Anspruch aus dem obersten Ziel der Vereinten Nationen, der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gemäß Artikel 1 Ziffer 1 der Charta, gefolgert. Der Zweck der Friedenssicherung kann aber auch dann verwirklicht werden, wenn nicht alle aufnahmewilligen Staaten Mitglieder der Vereinten Nationen sind<sup>27</sup>, da das Gewaltverbot als *ius cogens* und die Pflicht zur friedlichen Streitbeilegung völkergewohnheitsrechtlich auch für Nichtmitglieder verbindlich ist.

Auch aus dem Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten nach Artikel 1 Ziffer 2 und Artikel 2 Ziffer 1 wird ein Anspruch auf Aufnahme abgeleitet<sup>28</sup>. Dies vermag jedoch nicht zu überzeugen, da dieser Grundsatz ebenfalls im allgemeinen Völkerrecht verankert ist und die souveräne Gleichheit der Staaten eine Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen nicht voraussetzt.

Im Schrifttum wird zum Teil angenommen, die Selbstbestimmung eines Volkes bestehe auch darin, die gleiche völkerrechtliche Stellung in der Staatengemeinschaft einzunehmen, die andere Völker bereits innehaben, so daß jeder (neu entstandene) Staat demnach ein Anspruch auf Aufnahme in die Vereinten Nationen habe. Zwar kann unter bestimmten Voraussetzungen aus dem Selbstbestimmungsrecht gemäß Artikel 1 Ziffer 2 und Artikel 55 der Charta ein Recht auf die



Bildung eines eigenen Staates folgen, der dann als souveränes Völkerrechtssubjekt gleichberechtigt mit allen anderen Staaten ist. Aus der souveränen Gleichheit der Staaten folgt jedoch nicht, wie oben bereits dargestellt wurde, ein Anspruch auf Aufnahme.

Zum Teil wird allein aus dem Interesse aller Staaten am Abschluß multilateraler Verträge gefolgert, daß ein allgemeines Teilnahmerecht bestehe, welches einen Anspruch auf Aufnahme begründe. Ein solches Recht ist jedoch zum einen weder kodifiziert noch geltendes Völkergewohnheitsrecht, zum anderen setzt der Abschluß eines multilateralen Vertrags nicht die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen zwingend voraus. Das Ziel der internationalen Zusammenarbeit nach Artikel 1 Ziffer 3 der Charta kann also nicht zur teleologischen Begründung einer Aufnahmepflicht herangezogen werden.

Die Charta enthält auch kein allgemeines, ungeschriebenes, zwingend vorausgesetztes Prinzip der absoluten Universalität, das zur Begründung eines Aufnahmeanspruchs geeignet ist. Dies würde voraussetzen, daß die Vereinten Nationen nur bei absoluter universeller Mitgliedschaft ihre Ziele verwirklichen könnten. Hierfür ist jedoch nicht die Mitwirkung aller, sondern nur die Mitwirkung der Mehrheit der Staaten erforderlich. Daher wurde zum Beispiel auch auf der Wiener Konferenz zum Übereinkommen über das Recht der Verträge eine Universalitätsklausel ausdrücklich abgelehnt.

Auch der ›Trend zur internationalen Gesetzgebung‹ und das ›Erfordernis der Internationalisierung‹ können nicht zur Begründung eines solchen absoluten Universalitätsprinzips angeführt werden. Diese Gründe mögen ein politisches Prinzip der absoluten Universalität statuieren, sie stellen jedoch keine völkerrechtliche Handlungsmaxime dar.

Gegen eine solche teleologische Auslegung von Artikel 4 der Charta und der Konstruktion eines Aufnahmeanspruchs spricht zudem, daß dies den Grundsatz der Vertragsfreiheit verletzen würde. Nach diesem Grundsatz, der Ausfluß der souveränen Gleichheit ist, sind die Staaten bei dem Abschluß von Verträgen frei. Sie können frei bestimmen, wer unter welchen Voraussetzungen Mitglied werden soll.

Aus einer teleologischen Auslegung ergibt sich daher kein Anspruch auf Aufnahme. Ebenso wenig kann dies aus einer historischen Auslegung gefolgert werden. Auch aus einer authentischen Auslegung ergibt sich kein Anspruch auf Aufnahme, da in der Praxis der Vereinten Nationen an den verfahrensrechtlichen Voraussetzungen (Empfehlung des Sicherheitsrats und Aufnahmebeschluß der Generalversammlung) gemäß Artikel 4 Absatz 2 der Charta stets und ausdrücklich festgehalten wurde<sup>29</sup>.

Es besteht daher kein Anspruch auf Aufnahme<sup>30</sup>. Der IGH hat zudem in einem Rechtsgutachten vom 3. März 1950 bestätigt, daß es keine Rechtspflicht zu einer positiven Empfehlung des Sicherheitsrats gebe und ohne diese eine Aufnahme unmöglich sei<sup>31</sup>.

Daraus folgt, daß Taiwan, sollte es einen Antrag auf Aufnahme stellen, trotz Erfüllen der materiellrechtlichen Aufnahmevoraussetzungen des Artikels 4 der Charta keinen Anspruch auf Aufnahme in die Vereinten Nationen hat.

## Sonstige Mitwirkungsmöglichkeiten in den UN

Da ein Aufnahmeanspruch nicht gegeben ist, stellt sich die Frage, ob und wie Taiwan sonst in den Vereinten Nationen mitwirken könnte und ob es hierfür entsprechende Beispiele in der Praxis der UN gibt.

### *Vertretung wie andere geteilte Staaten*

Für Taiwan wird eine Vertretungsform gesucht, die »dem Grundsatz der Universalität und der etablierten Vertretung geteilter Staaten in den Vereinten Nationen entspricht<sup>32</sup>«.

Theoretisch könnten sowohl die Volksrepublik China als auch Taiwan Mitglieder der Vereinten Nationen sein, ohne die ›Ein-China-Doktrin‹ aufzugeben. Der Bundesrepublik ist es durch den Grund-

lagenvertrag auch gelungen, einerseits an der staatlichen Einheit Deutschlands festzuhalten, andererseits die Voraussetzungen für eine Aufnahme beider Seiten Deutschland in die UN zu schaffen. Eine internationale Vertretung Taiwans entsprechend anderer geteilter Staaten<sup>33</sup> ist in der Praxis aber höchst unwahrscheinlich. Für eine mit dem deutschen Grundlagenvertrag vergleichbare innerchinesische Einigung und (Teil-)Anerkennung der anderen Seite fehlt der Volksrepublik China, die bereits Mitglied der Vereinten Nationen ist, schlicht der Anreiz. Im Gegenteil: Beijing kann aufgrund seines Vetorechts die Aufnahme des ihm unliebsamen, als abtrünnige Provinz betrachteten, Taiwans blockieren<sup>34</sup>.

### *Beobachterstatus*

In der Geschichte der Vereinten Nationen wurde der Beobachterstatus geteilten Staaten (etwa der Bundesrepublik Deutschland), neutralen Staaten (wie dem Heiligen Stuhl, vor deren Vollmitgliedschaft auch der Schweiz), besonderen Völkerrechtssubjekten (beispielsweise dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz), Befreiungsorganisationen (zum Beispiel der PLO) und anderen internationalen Organisationen zuerkannt. Der Beobachterstatus ging oft der späteren Aufnahme als Mitglied voraus<sup>35</sup>. Dies könnte insofern auch für Taiwan interessant sein.

Eine völkerrechtliche Regelung des Beobachterstatus in den Vereinten Nationen fehlt<sup>36</sup>. Der UN-Generalsekretär erklärte 1960 daher folgerichtig, daß der vielfach vergebene Beobachterstatus rechtlich nicht geregelt sei, sondern ausschließlich auf der Staatenpraxis beruhe. In einem Rechtsgutachten der Vereinten Nationen vom 22. August 1962 wurde festgestellt, daß der Beobachterstatus in der Praxis nur an diejenigen vergeben wurde, die Mitglieder in den UN-Sonderorganisationen und allgemein durch die anderen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen anerkannt sind. Beides trifft für Taiwan zwar nicht zu, dies schließt einen Beobachterstatus Taiwans jedoch nicht aus, da die UN hierüber frei entscheiden können. Die Volksrepublik China kann durch ihr Veto jedoch auch verhindern, daß Taiwan ein Beobachterstatus eingeräumt wird.

### *Sonderorganisationen*

Die Mitgliedschaft in den UN-Sonderorganisationen unterscheidet zwischen originären und zugelassenen Mitgliedern, wobei letztere weiter differenziert werden als berechnete Mitglieder der Vereinten Nationen und Nichtmitglieder, die aufgrund eines besonderen Aufnahmeverfahrens aufgenommen werden. Für Taiwan käme demnach gegenwärtig nur letzteres in Betracht. Dies erfordert zum Teil die Empfehlung des Exekutivorgans (zum Beispiel bei der Internationalen Seeschifffahrtsorganisation und bei der UNESCO) und darüber hinaus regelmäßig die Zustimmung der Generalversammlung<sup>37</sup>. Auch eine Vertretung Taiwans in den Sonderorganisationen kann die Volksrepublik verhindern. Eine eigene Vertretung Taiwans in den Sonderorganisationen kommt aber theoretisch in Betracht. So ist Taiwan immerhin (unter dem Namen Chinese Taipei) nach zwölf Jahren Verhandlungen am 1. Januar 2002 Mitglied der zwischenstaatlichen Welt-handelsorganisation (WTO) geworden<sup>38</sup>.

## Politische Konsequenzen

### *Die ›pragmatische Außenpolitik‹ Taiwans*

Um das Fehlen der internationalen Anerkennung und einer Vertretung in den Vereinten Nationen soweit wie möglich auszugleichen, ist die Regierung in Taipeh im Rahmen ihrer ›pragmatischen Außenpolitik‹ zahlreiche inoffizielle Beziehungen eingegangen. Unter den verschiedensten Bezeichnungen, sei es als ›Wirtschafts- und Kultur-

büro, als ›Fernost-Informationsbüro‹, als ›Koordinierungsausschuß‹ oder auch als einfache Reisebüros wurden Verbindungsbüros in Staaten aufgebaut, die Beijing anerkennen<sup>39</sup>. Gegenwärtig (Stand: 1.1.2005) unterhält Taiwan auf Basis der ›pragmatischen Außenpolitik‹ 92 Vertretungsbüros in 59 Staaten. Reziprok sind 48 Staaten, die keine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan unterhalten, mit 58 Vertretungsbüros in Taiwan vertreten<sup>40</sup>. Auch Deutschland unterhält Beziehungen zu Taiwan auf Grundlage der ›pragmatischen Außenpolitik<sup>41</sup>‹. Die flexible Außenpolitik ermöglichte der Regierung der Republik China die erfolgreiche Fortführung ihrer Exportpolitik und ihres Außenhandels, auch wenn sie sich dabei teilweise mehr wie ein multinationaler Konzern verhielt als eine Regierung im herkömmlichen Sinne.

Alle inoffiziellen Beziehungen der Regierung der Republik China werden trotz der unterschiedlichen Intensität der Beziehungen immer knapp unter der Schwelle zu staatlichen Beziehungen ausgestaltet. Alle Staaten, die Beijing anerkennen, lehnen weitergehende Beziehungen ab, da dies den Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Beijing zur Folge hätte. Die Mitarbeiter in den Verbindungsbüros sind offiziell keine Diplomaten, auch wenn es sich meist um beurlaubte Mitarbeiter der Außenministerien handelt.

### *Anträge zur völkerrechtlichen Vertretung*

Taiwan wirbt im Rahmen einer internationalen Medienkampagne seit mehr als 15 Jahren für seine Vertretung in den Vereinten Nationen. Da die Regierung in Taipeh in den Vereinten Nationen kein Rederecht hat, bat sie befreundete Regierungen in den UN auf die unangemessene internationale Vertretung Taiwans aufmerksam zu machen.

Im August 1993 stellten daher sieben mittelamerikanische Staaten<sup>42</sup> den Antrag, »die außergewöhnliche Situation der Republik China auf Taiwan<sup>43</sup>« auf die Tagesordnung der 48. Generalversammlung der Vereinten Nationen zu setzen und einen Ad-hoc-Ausschuß einzurichten, »um alle Aspekte der ungewöhnlichen Situation Taiwans zu analysieren und Empfehlungen für die Generalversammlung zu erarbeiten<sup>44</sup>«. Ähnliche Anträge wurden seither jedes Jahr gestellt. Die Anzahl der Staaten, die den entsprechenden Antrag unterstützten und einbrachten, schwankte von sieben bis 16 Staaten. Insgesamt 28 Staaten haben in einem oder mehreren Jahren die Anträge unterstützt. Die Anträge unterscheiden sich wie folgt: Von 1993 bis 1996 wurde beantragt, daß ein zu gründender Ausschuß Taiwans außergewöhnliche Situation untersuchen sollte. 1997 bis 1999 wurde beantragt, die Resolution 2758 dahingehend zu ändern, daß der Ausschluß der Vertreter Taiwans aufgehoben wird und Taiwan ein Recht auf Teilnahme an den Vereinten Nationen und deren Sonderorganisationen eingeräumt wird. Ab dem Jahr 2000 wurde beantragt, Taiwans internationale Situation zu erörtern und das Recht der rund 23 Millionen Taiwaner auf eine Vertretung in den Vereinten Nationen zu achten.

Die Beijinger Regierung protestierte massiv gegen diese Anträge, mit der Begründung, daß Taiwan ein Teil der Volksrepublik und die Vertretungsfrage seit 1971 verbindlich geregelt worden sei. Die Anträge stellten somit eine illegale Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas dar. Staaten, die diese Anträge unterstützten wurden von Beijing stark unter Druck gesetzt<sup>45</sup>. Die Mehrheit der 28 Mitglieder des Präsidialausschusses der Generalversammlung (General Committee) entschied daher stets, die Frage (der internationalen Vertretung Taiwans) nicht auf die Tagesordnung der Generalversammlung zu setzen.

Am 15. September 2004 scheiterte zum zwölften Mal in Folge dieser Versuch. Der unter Führung von Gambia und weiteren Ländern eingebrachte Antrag wurde vom Präsidenten der 58. UN-Vollversammlung, dem Außenminister St. Lucias, Julian R. Hunte, auf einer Ple-

narsitzung des Präsidialausschusses formell abgelehnt. In den letzten Jahren kam es bei den Anträgen zu stundenlangen Diskussionen und Redebeiträgen von über 100 UN-Mitgliedstaaten<sup>46</sup>.

Chinas Ständiger Vertreter bei den UN, Wang Guangya, sagte auf der Plenarsitzung, mit Resolution 2758 von 1971 sei die Frage des Vertretungsrechts Chinas in den Vereinten Nationen aus politischer und aus rechtlicher Sicht gelöst worden. Ein Vertretungsrecht Taiwans in den Vereinten Nationen existiere nicht. Taiwan sei seit jeher ein Bestandteil des chinesischen Territoriums. Der Beschluß des Präsidialausschusses zeige die weltweite Anerkennung der ›Ein-China-Politik‹. Die Taiwan-Frage gehöre ausschließlich zu Chinas inneren Angelegenheiten. Das Festhalten an der ›Ein-China-Politik‹ bilde die Grundlage sowohl für den Ausbau der Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße wie auch für eine friedliche Wiedervereinigung der Nation. Die Volksrepublik China sei die einzige legitime Regierung der chinesischen Nation. Als ein Bestandteil des chinesischen Territoriums habe Taiwan kein Recht, den Vereinten Nationen oder einer ihrer Organisationen, die ausschließlich aus souveränen Staaten bestehen, beizutreten. Der jüngste Beschluß des Präsidialausschusses verdeutliche abermals diese Tatsache<sup>47</sup>.

Andrew Hsia, der Generaldirektor des Taipeh Wirtschafts- und Kulturbüros in New York, teilte auf einer Pressekonferenz mit, er bedauere die auf Geheiß der Volksrepublik Chinas erfolgte Ablehnung. Er sagte: »Die [taiwanesishe] Regierung macht sich über die Schwierigkeit dieser Aufgabe keine Illusionen, aber wir werden in unseren Bemühungen nicht nachlassen und sie Jahr für Jahr weiter verstärken, bis die Vereinten Nationen die Frage von Taiwans Vertretung gelöst haben werden<sup>48</sup>«.

Die Regierung in Taipeh wird auch in Zukunft befreundete Staaten bitten, entsprechende Anträge zu stellen, obwohl die Erfolgsaussichten gering sind.

### *Eskalation des Konflikts in der Taiwan-Straße*

Ein militärischer Konflikt zwischen den beiden hochgerüsteten Seiten der Taiwan-Straße ist trotz der fortschreitenden wirtschaftlichen Verflechtung nicht weniger wahrscheinlich geworden und beinhaltet zudem das Risiko einer Internationalisierung, da die USA einen militärischen Beistandspakt mit Taiwan geschlossen haben<sup>49</sup>.

Die häufigen Drohungen der Regierung der Volksrepublik gegenüber Taiwan, »die Einheit Chinas militärisch wiederherzustellen«, wenn Taiwan die Wiedervereinigung langfristig verschleppt oder sich für unabhängig erklärt, sind völkerrechtswidrig. Sie stellen eine unzulässige Gewaltandrohung dar, denn das Gewaltverbot gilt nicht nur gegenüber Staaten, sondern auch gegenüber stabilisierten De-facto-Regimes.

Diese Drohungen haben auf der Plenarsitzung des Nationalen Volkskongresses am 14. März 2005 ein neues Niveau erfahren. Die Kommunistische Partei Chinas hat nicht nur eine Steigerung der Militärausgaben um 12,6 Prozent, sondern auch das sogenannte Anti-Abspaltungsgesetz verabschieden lassen. Durch das Gesetz wird der Staatsrat und die Militärkommission mit Staats- und Parteichef Hu Jintao an der Spitze ermächtigt, im Falle einer Unabhängigkeitserklärung Taiwans »oder anderer größerer Zwischenfälle« die Einheit Chinas militärisch wiederherzustellen<sup>50</sup>. Es erscheint daher unvertretbar, nun das EU-Waffenembargo aufzuheben. Die diesbezügliche Kritik der USA ist aufgrund deren militärischen Verbürgung für Taiwan hingegen umso verständlicher.

### **Fazit**

Die materiellrechtlichen Voraussetzungen für eine Aufnahme in die Vereinten Nationen erfüllt Taiwan. Durch ihr Vetorecht kann die Volksrepublik China verfahrensrechtlich jedoch die Aufnahme Tai-

wans verhindern. Eine völkerrechtliche Vertretung Taiwans in den Vereinten Nationen kommt daher faktisch nur bei einer vorherigen Einigung Taiwans mit der Regierung der Volksrepublik in Betracht. Eine solche Einigung ist kurz- und mittelfristig trotz der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung beider Seiten aufgrund der erheblichen politischen Differenzen und für Taiwan nicht akzeptablen Forderungen Beijings nicht in Sicht. Auch die Bemühungen Taiwans, eine wie auch immer geartete Beteiligung in den Vereinten Nationen zu erreichen, werden von der Volksrepublik verhindert werden. Taiwan wird daher weiterhin diplomatisch, wenn auch nicht politisch und schon gar nicht wirtschaftlich, isoliert sein. Protokollarisch wird Taiwan international jedoch weiterhin wie ein Paria behandelt werden. In den bilateralen Beziehungen kompensieren die »inoffiziellen« Vertretungen zwar weitgehend die fehlenden diplomatischen Beziehungen, multilateral werden die 23 Millionen Taiwanesen jedoch nicht adäquat (sondern durch die Regierung in Beijing) vertreten. Die Vereinten Nationen werden die »Taiwan-Frage« weiterhin als innere Angelegenheit der Volksrepublik China bewerten und werden – unter Verstoß gegen geltendes Völkerrecht – die militärischen Drohungen der Volksrepublik gegenüber Taiwan weiterhin nicht als völkerrechtswidrig behandeln. Die Anträge in den Vereinten Nationen sind ein legitimes Mittel, um das Thema zumindest im Blickfeld der Staaten und Weltöffentlichkeit zu halten. Der weitere Ausbau der »inoffiziellen« Beziehung ist ein anderes Mittel.

- 1 Vgl. <http://www.gio.gov.tw/taiwan-website/5-gp/yearbook/P113.htm#3>
- 2 Rund 23 Millionen Menschen bevölkern die Republik China, die aus den Hauptinseln Taiwan (36 000 km<sup>2</sup>), den Inselgruppen Penghu (127 km<sup>2</sup>) und Jinmen (150 km<sup>2</sup>), der Insel Mazu (29 km<sup>2</sup>) sowie weiteren 76 kleineren Inseln besteht.
- 3 Siehe die Nachweise bei Mathias Neukirchen, Die Vertretung Chinas und der Status Taiwans im Völkerrecht, Baden-Baden 2004, S. 108ff.
- 4 Die Charta der Vereinten Nationen (Charta) enthält keine Regelung darüber, welche Voraussetzungen eine Regierung erfüllen muß, um einen Mitgliedstaat vertreten zu können. Auch die Geschäftsordnungen der UN-Organe schreiben nicht vor, wie eine vertretungsbefugte Regierung beschaffen sein muß, vgl. Stefan Talmon, Mitgliedschaft/Repräsentation von Staaten, in: Helmut Volger (Hrsg.), Lexikon der Vereinten Nationen, München 2000, S. 393, 396. Lediglich die Prüfung der Vertretungsbefugnis der Regierungsvertreter im Vollmachtenprüfungsausschuß (Credentials Committee) der Vereinten Nationen ist geregelt. Bei der Überprüfung der Vollmachten im Vollmachtenprüfungsausschuß wird jedoch nur geprüft, ob die Delegierten tatsächlich von ihrer Regierung legitimiert sind, und nicht, ob deren Regierung legitimiert ist.
- 5 Es bleibt anzumerken, daß völkerrechtlich betrachtet ab 1950 die Regierung in Beijing vertretungsbefugt war, auch wenn dies in der Praxis erst 1971 anerkannt wurde, siehe hierzu Neukirchen, a.a.O. (Anm. 3), S. 108ff.
- 6 Die Regierung der Volksrepublik China verlangte von allen Staaten, die diplomatische (und wirtschaftliche) Beziehungen mit ihr unterhalten wollten, die Anerkennung, daß Taiwan ein Teil Chinas ist. In der Staatenpraxis haben alle Staaten dies auch getan.
- 7 Dagegen spricht auch, daß beide Seiten (Beijing und Taipeh) dies ausschließen.
- 8 Die »Ein-China-Doktrin« wird von der Regierung der Volksrepublik u.a. im Chinese Whitepaper on Cross-Strait Relations, August 1993, <http://www.chinataiwan.org/web/webportal/W5023254/index.html> und der Regierung der Republik China u.a. im Taiwanese White Paper on Cross-Strait Relations, Juli 1994, <http://www.mac.gov.tw/english/index1-e.html> betont.
- 9 Frank Chiang, State, Sovereignty and Taiwan, Fordham International Law Journal, 23. Jg., 2000, S. 959–1004.
- 10 Die Verfassung wurde während des chinesischen Bürgerkriegs (1945–1949) von der im November 1946 einberufenen Nationalversammlung am 25. Dezember 1946 angenommen und trat – genau ein Jahr später – am 25. Dezember 1947 in Kraft.
- 11 Obwohl von den ursprünglichen 35 Provinzen vollständig nur die Provinz Taiwan (98 Prozent des Herrschaftsgebiets) und zwei Kreise der Provinz Fujian (Mazu und Jinmen) von Taiwan regiert werden, geht die Verfassung generell von einer Aufteilung in Provinzen (Art. 112) aus und regelt die Kompetenzverteilung zwischen Zentral- und Provinzregierung (Art. 107ff.).
- 12 Daher wurde die Verfassung lediglich durch einen mehrfach geänderten »Verfassungszusatz« den Bedürfnissen angepaßt. Vgl. Kay Möller, Taiwan zwischen Annexion und Unabhängigkeit, Außenpolitik, 45. Jg., 1994, S. 199–208.
- 13 Siehe hierzu Neukirchen, a.a.O. (Anm. 3), S. 217ff.
- 14 Zu den Voraussetzungen siehe Christian Hillgruber, Die Aufnahme neuer Staaten in die Völkerrechtsgemeinschaft, Frankfurt a.M. 1997, S. 709–715.
- 15 Damit sollte verhindert werden, daß Mitglieder aufgenommen werden, die die finanziellen und militärischen Verpflichtungen (gem. Art. 43ff.) nicht erfüllen können. In der Praxis wurden jedoch auch Staaten aufgenommen, die z.B. aus verfassungsrechtlichen Gründen sich an militärischen Sanktionsmaßnahmen nicht beteiligen dürfen (z.B. Japan).
- 16 UN-Dok. 506 vom 1.2.1952, General Assembly Official Records: Sixth Session, Suppl. No. 20 (A/2119).
- 17 Dabei ist die Anerkennung durch die Vereinten Nationen und nicht durch die einzelnen Staaten entscheidend.
- 18 Hierbei tritt die historische Auslegung und die Orientierung an den Vorarbeiten zugunsten eines dynamisch-objektiven Vertragsverständnisses einer authentischen Auslegung zurück. Diese ergibt sich aus einer gleichartigen Praxis aller Vertragsparteien oder aus einer entsprechenden Übereinkunft. Im Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge (WVK) ist kodifiziert, daß gem. Art. 5 WVK diese Auslegungsart

- auch anwendbar auf Gründungsverträge internationaler Organisationen ist. Gem. Art. 4 der WVK ist die WVK zwar nicht direkt auf die Charta der Vereinten Nationen anwendbar, da diese vor Inkrafttreten der WVK unterzeichnet wurde. Die Auslegungsregeln der Artikel 31–33 WVK sind für die Interpretation der Charta jedoch entsprechend anwendbar, da die WVK in diesem Bereich Völkergewohnheitsrecht kodifiziert.
- 19 Siehe hierzu Konrad Ginther und Thomas Oppermann, Grundfragen der Mitgliedschaft in Internationalen Organisationen. Referate und Diskussionen der 14. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht in Göttingen am 10. und 11. April 1975. Band 17, 1975, S. 7–42.
- 20 Erst am 4. Juli 1945 hatte der amerikanische Präsident Harry S. Truman die Unabhängigkeit der Philippinen proklamiert.
- 21 Zur Mitgliedschaft der Teilrepubliken der UdSSR in den Vereinten Nationen siehe u.a. John N. Harzard, Soviet Republics in International Law, in: Rudolf Bernhardt, Encyclopedia of Public International Law, Band 4 (P–Z), Amsterdam/London/New York 2000, S. 525–529.
- 22 I.C.J. Reports 1947–1948, S. 6.
- 23 Vgl. u.a. H. Han, Die Aufnahme von Staaten als Mitglieder in die Vereinten Nationen, Diss. Bonn, 1965, S. 45 und 60 mit weiteren Nachweisen.
- 24 Siehe hierzu <http://www.gio.gov.tw/taiwan-website/5-gp/inun/>
- 25 Gem. Art. 27 Abs. 3 der Charta soll sich ein Staat zwar bei einer Abstimmung enthalten, wenn dieser in einem Konflikt nach Kapitel VI beziehungsweise Art. 53 der Charta betroffen ist. Ein solcher Konflikt zwischen Taiwan und der Volksrepublik liegt jedoch, nach Auffassung der Vereinten Nationen, nicht vor. Es handelt sich nach dieser Ansicht vielmehr um eine innere Angelegenheit, so daß die Regierung der Volksrepublik China auch nicht zur Enthaltung der Stimme verpflichtet wäre.
- 26 Vgl. das Memorandum der DDR bei ihrem erfolglosen Aufnahmegesuch 1966, abgedruckt in: VN 3/1966, S. 86. Siehe hierzu auch Bernhard Graefrath, Das Recht der DDR auf Mitgliedschaft in den UN, Deutsche Außenpolitik, (Ost-)Berlin 1966, Bd. 11, S. 664ff.; Grigori J. Tunkin, Nach Recht und Gesetz: Die DDR gehört in die UNO, VN 2/1967, S. 50–54; Wolfgang Wünsche, Die Entstehung der UNO, (Ost-)Berlin, 1974, S. 34.
- 27 In diesem Zusammenhang ist hervorhebenswert, daß eine interpretative Resolution der Konferenz von San Francisco feststellte, Artikel 4 der Charta dürfe nicht dahingehend ausgelegt werden, daß die ehemaligen Feindstaaten (der Alliierten im Zweiten Weltkrieg) einen Rechtsanspruch auf Mitgliedschaft erheben könnten.
- 28 Aus der souveränen Gleichheit der Staaten soll die unbedingte rechtliche Gleichberechtigung und ein unbeschränktes Recht auf Teilnahme an den allgemeinen Staatenkonferenzen, multilateralen Verträgen und internationalen Organisationen folgen.
- 29 I.C.J. Reports 1950 S. 4, 9.
- 30 Konrad Ginther und Thomas Oppermann, Grundfragen der Mitgliedschaft in Internationalen Organisationen. Referate und Diskussionen der 14. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht in Göttingen am 10. und 11. April 1975, Band 17, 1975, S. 7–42.
- 31 Vgl. I.C.J. Reports, 1950, S. 8.
- 32 Siehe unten Anm. 43.
- 33 Zur Praxis der Vereinten Nationen bei geteilten Staaten im Allgemeinen siehe u.a. Christian König, Die Vertretung Kambodschas bei den Vereinten Nationen, Archiv des Völkerrechts, 28. Jg., 1990, S. 266–284; vgl. auch Hans-Heinrich Mahnke, Die beiden deutschen Staaten in den Vereinten Nationen, VN 4/1973, S. 112–117.
- 34 Der entscheidende Unterschied zu anderen geteilten Staaten (z.B. Korea, Jemen und Deutschland) liegt darin, daß in diesen Fällen mindestens eine der beiden Teile sich von dem gemeinsamen Staat lossagte und es zu einer Dismembration oder Separation und anschließend über kurz oder lang zur Anerkennung von zwei Staaten gekommen ist.
- 35 Das gilt für Bangladesch, die Bundesrepublik Deutschland, die DDR, Finnland, Guinea-Bissau, Italien, Japan, Nord- und Südkorea, Nord- und Südvietnam, Österreich und Spanien.
- 36 Ein Antrag, dieses Rechtsinstitut zu analysieren und zu institutionalisieren, scheiterte 1950, siehe hierzu Erik Suy, The Status of Observers in International Organizations, Recueil des Cours, 160. Jg. (1978–II), S. 75–180.
- 37 Siehe hierzu Neukirchen, a.a.O. (Anm. 3), S. 340.
- 38 Vgl. [http://www.wto.org/english/thewto\\_e/countries\\_e/chinese\\_taipei\\_e.htm](http://www.wto.org/english/thewto_e/countries_e/chinese_taipei_e.htm)
- 39 Eine Übersicht über die offiziellen und inoffiziellen »Vertretungen« Taiwans findet sich unter <http://www.mofa.gov.tw/webapp/ct.asp?xItem=73&ctNode=695>
- 40 <http://www.gio.gov.tw/taiwan-website/5-gp/yearbook/P113.htm#2>
- 41 Deutschland ist seit 1963 durch das Deutsche Kulturzentrum und seit 1981 zusätzlich durch das Deutsche Wirtschaftsbüro in Taiwan vertreten. Die quasidiplomatischen Beziehungen werden heute durch das Deutsche Institut Taipeh gepflegt.
- 42 Belize, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama.
- 43 Der Antrag hatte folgenden Titel: »Consideration of the exceptional situation of the Republic of China in Taiwan in the international context, based on the principle of universality and in accordance with the established model of parallel representation of divided countries at the United Nations«, UN-Dok. A/48/191 v. 9.8.1993. Die Demokratische Fortschrittspartei (DFP) Taiwans forderte früher einen offiziellen Aufnahmearbeit als selbständiger Staat bei den Vereinten Nationen und warb hierfür medienwirksam: Während einer UN-Generalversammlung kreiste über dem UN-Hauptgebäude ein Zeppelin mit dem Schriftzug »Taiwan in die Vereinten Nationen«, und auf dem East River, nur wenige Meter vom UN-Gebäude entfernt, stand auf dem großen Segel eines Bootes dasselbe. Ebenso medienwirksam war der Versuch der DFP, den stets finanzklammen Vereinten Nationen einen Scheck als Geschenk der Bürger Taiwans zu überreichen. Aufgrund des Vetos Beijings mußte dieser Scheck zurückgegeben werden.
- 44 Siehe zu den Anträgen u.a. Ross Munro, Giving Taipei a Place at the Table, Foreign Affairs, 73. Jg., 1994, Nr. 6, S. 109–122.
- 45 So nutzte China erstmals in der Geschichte der Vereinten Nationen sein Vetorecht, um eine von der Regierung Guatemalas gewünschte Resolution zu verhindern, da diese den Antrag zugunsten Taiwans 1993, 1995 und 1996 unterstützte, vgl. China aktuell (Institut für Asienkunde, Hamburg), 6/1997, S. 535.
- 46 Press Release GA/10255 vom 15.9.2004.
- 47 Vgl. Wortprotokoll der Sitzung <http://newsmax.com/archives/articles/2003/9/15/173445.shtml>
- 48 Ebd.
- 49 Im Taiwan Relations Act (TRA) haben die USA eine Sicherheitsgarantie für Taiwan abgegeben, die einer militärischen Verbürgung gleich kommt.
- 50 Der Wortlaut des Gesetzes war bis Redaktionsschluß noch nicht veröffentlicht.